Nummer 593

Bezugs-Preis:
...teljährlich 15 Mark, monatlich 5 Mark,
...r das Ausland mit dem entsprechenden
...uschlag, Kreuzbandsendungen 30 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
...erlin W 8, Kronenstraße 37
...estellungen werden angenommen bei
...llen Postanstalten, Zeitungsspediteuren
...nd unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung
Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 5gespaltene Zeile 2,00 Mk. Reklamezeile 6 Mk.
Alle besonderen Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Jahrbuch-Kalender Deutsche Lebensmittel-Gesellschaften, Aktien, Dividendenzeichnen mit Reklamen, Zinsungstabellen der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Übersichten
Die Zeitung erscheint 1. d. Woche dreimal
Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone«
Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352
Dienstag, 30. Dezember 1919
Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488
Postscheck-Konto: Berlin 26412
Einzelpreis 15 Pf.

Bekanntgabe weiterer Steuervorlagen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in einer öffentlichen Erklärung darauf hingewiesen, daß die der Nationalversammlung bereits vorliegenden Gesetzentwürfe über die Reichseinkommensteuer, die Kapitalertragssteuer und die Landessteuer ohne genaue Kenntnis der Gesamtbelastung aus direkten Steuern nicht verabschiedet werden dürfen, und demgemäß um alsbaldige Bekanntgabe der noch weiter vom Reichsfinanzministerium beabsichtigten Steuervorlagen gebeten, soweit sie mit den bereits eingebrachten Gesetzentwürfen in unterm...

...stehen. Wie die „Berl. Pol. Nachr." erfahren, beabsichtigt der Reichsminister der Finanzen in einer seiner ersten Reden nach Wiederzusammentritt der Nationalversammlung nähere Mitteilungen über die weiteren Steuerpläne zu machen. Aus der Reihe der Projekte, die gegenwärtig im Vordergrund der Erörterung waren, ist die Betriebsgewinnsteuer ausgeschieden. Der als Ergänzung zum Reichseinkommensteuergesetzentwurf gedachte Gesetzentwurf über die Aufwandbesteuerung ist nahezu fertiggestellt. Von einer gewissen Einkommensgrenze ab soll der übermäßige Aufwand, durch den eine Kapitalbildung verhindert wird, mit einer über die Besteuerung des Vermögenszuwachses nach dem Besitzsteuergesetz hinausgehenden besonderen Steuer belegt werden.

Die Lage im Baltikum.

Berlin, 29. Dezember.

Über die Lage in Lettland erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes:

Die deutschen Interessen werden nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die lettische Regierung von dem dänischen Konsulat in Riga wahrgenommen, bei dem die bisherigen Angestellten der deutschen diplomatischen Vertretung beschäftigt sind. Die Not unter den Reichsdeutschen ist, wie das bei der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Randstaaten erklärlich ist, sehr groß. Von den 2000 noch in Riga lebenden Reichsdeutschen erhalten 1700 Unterstützung.

Im allgemeinen aber sind die Reichsdeutschen auch während der Beschießung durch die Bermondttruppen keinen Beschränkungen ihrer Freiheit oder ihres Eigentums unterworfen worden. In vereinzelten Fällen sind Verhaftungen wegen angeblicher straffbarer Handlungen vorgenommen worden. In trauriger Lage befinden sich die Angehörigen der Bermondttruppen, die als Kriegsgefangene in die Hand der Letten gefallen sind. Indes ist zu hoffen, daß auf Grund kürzlich gepflogener Besprechungen von der lettischen Regierung Maßnahmen zur Besserung ihrer Lage getroffen werden. Der Austausch der Kriegsgefangenen kommt erst nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen in Frage.

Auch die Balten sind als solche in Riga nicht verfolgt worden. Auf dem Land sind wieder einzelne Ermordungen baltischer Gutsbesitzer durch die Letten zu beklagen. Einen größeren Umfang haben aber diese Untaten schon aus dem Grunde nicht annehmen können, weil die meisten Gutsbesitzer haben flüchten müssen. Diejenigen Balten, die an den Kämpfen der Bermondttruppen gegen die Letten auf der Seite Bermonds teilgenommen haben, sind als Staatsverräter erklärt und ihr Besitz ist konfisziert worden. Die lettischen gesetzgebenden Körperschaften haben Einsicht genug gehabt, um den nationalen Minderheiten, d. h. also in erster Linie den Balten, eine weitgehende Autonomie auf kulturellem Gebiet einzuräumen. Drei höhere deutsche Schulen sind gegenwärtig in Riga in Tätigkeit. Im lettischen Kultusministerium ist eine deutsche Abteilung eingerichtet.

In Riga herrschen im allgemeinen geordnete Zustände, da es der lettischen Regierung gelungen ist, einen leidlich funktionierenden Behördenapparat zu schaffen. Daß das Wirtschaftsleben völlig darniederliegt, kann nach den Ereignissen des vergangenen Jahres nicht wundernehmen. Auch die fünfwöchige Beschießung Rigas durch die Bermondttruppen hat nicht nur die Nerven der Bewohner auf eine harte Probe gestellt, sondern auch sehr erheblichen materiellen Schaden angerichtet. Die Erbitterung auch der deutschen und deutschbaltischen Kreise gegen die Bermondttruppen, die diese überwiegend deutsche Stadt fünf Wochen unter ihr Artilleriefeuer nahmen, ist daher groß.

Die Zukunft des Landes ist noch in Dunkel gehüllt. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ist der Regierung zwar gegenwärtig gelungen. An ihrem Willen, den Bolschewismus von innen und außen niederzuhalten, kann nicht gezweifelt werden. Aber ob die Kräfte vorhanden sind, um dieses Ziel zu erreichen, ist zweifelhaft. Vorläufig werden die bolschewistischen Streitkräfte durch die baltischen Landeswehr und zuverlässige Teile der lettischen Armee mit Leichtigkeit in Schach gehalten. Erfolgreiche Handstreiche beweisen aufs neue die moralische Minderwertigkeit der dort stehenden bolschewistischen Truppen. Aber durch ihre günstige militärische Lage auf den anderen Fronten werden die Bolschewisten in die Lage versetzt, auch an der baltischen Front die Güte ihrer Truppen durch die Menge zu ersetzen. Den kommenden Monaten wird daher in Riga mit Besorgnis entgegengesehen. Für Ostpreußen sollte sich aus dieser Lage in Lettland die Erkenntnis ergeben, daß eine unmittelbare Gefährdung der ostpreußischen Grenze durch den Bolschewismus nicht vorliegt und nicht vorliegen wird, solange das jetzige lettische Ministerium oder ein aus denselben Parteien zusammengesetztes am Ruder ist. Eine unmittelbare Gefahr wird erst dann eintreten, wenn erfolgreiche bolschewistische Angriffe an der lettischen Front einsetzen sollten.

Amerikanische Wirtschaftshilfe für Europa.

Die Finanzierung des amerikanischen Ausfuhrhandels.

Amsterdam, 28. Dezember.

Preßbureau Radio meldet aus Annapolis, daß der Gesetzentwurf, der zur Bildung von Korporationen zur Finanzierung des amerikanischen Ausfuhrhandels ermächtigt, unterzeichnet worden ist. Die Korporationen werden nicht allein die gewöhnlichen Warengeschäfte abwickeln, sondern können auch ausländischen Käufern amerikanischer Ausfuhrwaren unter Aufsicht des Federal Reserve Board Geld vorstrecken. Wie verlautet, wird durch diesen Gesetzentwurf die Bildung einer mit Hunderten von Millionen Dollar finanzierten Riesenkorporation ermöglicht, die die Wiederaufrichtung Europas mit Erzeugnissen amerikanischer Werke und Fabriken bewerkstelligen kann.

Abreise der englischen Marinekommission.

TU **Hamburg**, 29. Dezember.

Die englische Kommission, die aus London nach Hamburg unterwegs ist, um das Schiffsmaterial zu besichtigen, ist durch schweres Wetter aufgehalten worden. Das Torpedoboot, das die Kommission befördert, wird aber in den nächsten Tagen hier erwartet.

•

TU **Haag**, 29. Dezember.

Mit Bezug auf die Tätigkeit der alliierten Marinesachverständigen, die gestern von London nach Hamburg abreisten, sagt ein Pariser Funkspruch, sie dürfte nicht zu einer Veränderung in dem Text des Protokolls vom 1. November führen, sondern einfach eine Gelegenheit bieten, um Deutschland zu zeigen, wieviel von dem in dem Protokoll vorgesehenen Material die Alliierten wirklich fordern.

Das Hochwasser im Westen.

Düsseldorf, 29. Dezember.

Durch das Hochwasser des Rheins ist die untere Rhein-Werft bis über einen Meter überflutet. Auch der am Rhein gelegene Kaiser-Wilhelm-Park steht unter Wasser. Gestern betrug der Wasserstand 7,54 Meter, eine Höhe, die seit vielen Jahren nicht zu verzeichnen war. Das Wasser ist weiter im Steigen begriffen.

TU **Frankfurt a. M.**, 29. Dezember.

Der Main erreichte heute mittag seinen höchsten Stand von 3,08 Meter, seitdem ist Stillstand eingetreten. Am Eisernen Steg bespült das Wasser die Muschel, am Sachsenhäuser Ufer ist es über die Ufer getreten. Vom Obermain wird langsames Fallen gemeldet. Von Schweinfurt, Würzburg und Lohr wird leichtes Fallen des Wassers gemeldet. In Aschaffenburg ist gleichfalls Stillstand eingetreten, dagegen ist der Rhein, wie aus Mainz gemeldet wird, noch immer im Steigen. Der Mainzer Pegel steht 7,40.

TU **Koblenz**, 29. Dezember.

Der Pegelstand des Rheins betrug hier heute morgen 6 Uhr 7,57 Meter gegenüber dem Höchststand von 7,69 am Sonnabend abend. Die Mosel ist bei Trier über ein Meter gestiegen. Das Hochwasser hat überall großen Schaden angerichtet. Es steht in den Häusern der niedrig gelegenen Straßen fußhoch.

Pacellis Mission.

Berlin, 29. Dezember.

Der apostolische Nuntius in München, Monsignore Pacelli ist heute früh in Berlin eingetroffen, um mit der Reichsregierung und mit der preußischen Landesregierung Verhandlungen über die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat einzuleiten. Monsignore Pacelli begibt sich voraussichtlich von hier nach Köln, um mit dem dortigen Domkapitel in der Frage der Nachfolge des Kardinals Hartmann Fühlung zu nehmen.

Der päpstliche Nuntius Monsignore Pacelli stattete am Montag abend dem Reichspräsidenten einen Besuch ab. Im Anschluß daran fand ein Abendessen im kleinen Kreise statt.

Die Tarifverhandlungen bei der Eisenbahn.

Berlin, 29. Dezember.

Amtlich.

Es wird versucht, die Öffentlichkeit durch die Nachricht zu beunruhigen, daß die Tarifverhandlungen der Eisenbahnverwaltung mit den Gewerkschaften der Eisenbahnarbeiter gescheitert seien. Die Nachricht ist unrichtig. Die Tarifverhandlungen haben bereits zur Verständigung über eine Reihe wichtiger Punkte des Tarifvertrages geführt; sie sind kurz vor dem Fest, der Feiertage wegen, bis zum 6. Januar vertagt worden und werden dann ungesäumt weitergeführt werden. Vor der Vertagung hat die Verwaltung nach Führungnahme mit den Gewerkschaften sich bereit erklärt, schon vom 1. Januar ab den Arbeitern nach Ortsklassen gestaffelte Zulagen zum jetzigen Stundenlohn zu zahlen. Dabei bestand Einverständnis darüber, daß die Sätze des Tarifvertrages keinesfalls unter diese Zulagen herunterzugehen werden, und daß die Arbeiter auf jeden Fall die im Tarifvertrag festzustellenden Zulagen rückwirkend vom 1. Januar 1920 ab nachgezahlt erhalten. Es handelt sich also bei diesen Zulagen nicht, wie behauptet worden ist, um einen Vorschuß, der etwa von den Arbeitern zurückgezahlt werden müßte, sondern um eine teilweise Vorwegnahme des Tarifvertrages. Nach Auffassung der Verwaltung besteht kein Grund zu der Annahme, daß die Tarifverhandlungen nicht zum Abschluß gebracht werden könnten.

Beilegung der Krise in Solingen.

DA **Solingen**, 29. Dezember.

Der von der englischen Besatzungsbehörde angedrohte Belagerungszustand für den Solinger Industriebezirk ist abgewendet worden. In Verhandlungen mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk wurde die Rücknahme der Straßenbahnpachtverträge erreicht. Solingen und die übrigen beteiligten Gemeinden übernehmen am 1. Januar 1920 den Betrieb ihrer Bahnen selbst. Die einzelnen Gemeinden bewilligten den ausständigen Straßenbahnern die verlangten Löhne des Industrietarifabkommens und die Wirtschaftsbeihilfe. Die Straßenbahner nahmen daraufhin die Arbeit wieder auf.

Truppenkonzentration in Straßburg

TU **Straßburg**, 29. Dezember.

Die Stadt Straßburg hat in den letzten Tagen weiteren Truppenzuwachs erhalten. Sie hat seit dem Waffenstillstand bisher die größte Truppenmacht. Die Kasernen sind mit schwarzen und weißen Franzosen, darunter vielen Reservisten, überfüllt. Die Bürgerquartiere sind mehr denn je in Anspruch genommen. Nahezu jedes Haus beherbergt einen oder mehrere französische Soldaten und Offiziere. Der Ausbau der Festung wird ständig fortgesetzt.

Frankreichs neue Schuld.

Amsterdam, 29. Dezember.

Camille Huysmans erklärt in einem Artikel im Brüsseler „Peuple" über die internationale Lage, daß, wenn die Demokratien des Westens weiterhin ihren Regierungen erlauben, ihre blinde Politik des krassen Egoismus fortzusetzen, Europa zugrunde gerichtet werde. In England, von wo er gerade herkomme, seien selbst die heftigsten Gegener Lloyd Georges davon überzeugt, daß Frankreich schuld daran sei, daß der Friedensvertrag noch nicht ratifiziert ist. Die französischen Chauvinisten seien mit dem Friedensvertrag nicht zufrieden. Ihre Revanche- und Eroberungslust sei nicht gestillt, und wie man in englischen demokratischen Kreisen annehme, werde die Ratifikation hinausgeschoben in der Hoffnung, daß Deutschland, zur Verzweiflung getrieben, Widerstand biete, was ein guter Vorwand sein würde, um die Hilfe der britischen Truppen zwecks Annexion des linken Rheinufers in Anspruch zu nehmen. Huysmans glaubt jedoch nicht, daß die Schuld ausschließlich die französischen Reaktionäre trifft; denn diese würden ihr Haupt nicht so erheben, wenn sie nicht der Unterstützung der einflußreichsten britischen Staatsmänner und Diplomaten sicher wären. Wenige Diplomaten und Staatsmänner der alliierten und assoziierten Mächte, die den Völkerbund unterzeichnet haben, hätten wirkliches Vertrauen in die Kraft der darin festgelegten Grundsätze. Die einflußreichsten und vielleicht lohalsten unter den Militaristen und Politikern bei den Alliierten trieben öffentlich Spott mit dem Völkerbund.

Der Bauernaufstand in der Ukraine.

Über den Bauernaufstand in der Ukraine gegen Denikin liegen hier folgende Nachrichten vor:

Die in verschiedenen Gebieten der Ukraine elementar zum Ausbruch gelangte Bauernbewegung gegen Denikin geht bereits in das Stadium einer einheitlichen Organisation über. Die ukrainische Regierung, die bereits seit längerer Zeit in enger Fühlung mit den Aufständischen war, hat jetzt in den Gebieten westlich vom Dnjepr die Führung der Bewegung selbst übernommen. Zwecks einheitlicher Organisation des Aufstandes sind von der Regierung zu einzelnen aufständischen Gruppen ukrainische Offiziere sowie ganze Abteilungen regulärer Truppen entsandt worden. Viele aufständische Abteilungen wurden in die ukrainische Armee eingereiht. In den durch die Aufständischen befreiten Gebieten werden im Einvernehmen mit der Regierung lokale Komitees zur Wahrung der Ordnung und zum Schutz vor neuen Übergriffen gegründet, sowie ukrainische Verwaltung eingeführt.

Kleine Nachrichten.

Wie wir anderslautenden Meldungen gegenüber von zuständiger Seite erfahren, steht ein bestimmter Termin für die Eröffnung der deutschen Konsulate in Italien nicht fest und kann vor der Ratifikation des Friedensvertrages auch gar nicht festgesetzt werden.

•

Nach einer der Telegraphen-Union zugegangenen Mitteilung beruht die Meldung über eine Pfändung in der Wohnung des früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich auf einem Irrtum. Dr. Helfferich ist augenblicklich verreist, ein Gerichtsvollzieher ist in seiner Wohnung überhaupt nicht erschienen.

•

„Echo de Paris" meldet: Der Rat der Verbündeten interpretiert die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Dauer der Besetzung der deutschen Gebiete dahin, daß diese Besetzungsdauer erst vom Tage der Rechtsgültigkeit des Friedensvertrages zu rechnen sei.

Der Zwang zum Einheitsstaat.

In den ersten Tagen des neuen Jahres werden die Verhandlungen zwischen Reich und Einzelstaaten beginnen, die in dem bekannten Antrag der drei Mehrheitsparteien der Preußischen Landesversammlung mit dem letzten Ziele der Errichtung des einheitlichen deutschen Volksstaates angeregt worden sind. Dieser Antrag hat bekanntlich mehr Staub aufgewirbelt, als verständlich schien, denn er mußte erst gründlich mißverstanden werden, bevor er so viel Aufregung hervorrufen konnte. Man hat einerseits nicht begriffen oder begreifen wollen, daß die „ideale Forderung", die er enthielt, als Symptom und Ergebnis heutiger innerdeutscher Entwicklung zu bewerten ist und dann ihrer ganzen Bedeutung nach in Rechnung gestellt werden muß, und man hat andererseits zu Unrecht in ihm eine Art preußischen Ultimatums gesehen, während er tatsächlich nur gleichsam den gegenwärtigen Pegelstand der Einheitsströmung aufzeigen sollte. Im ersten wie im zweiten Sinne und auch mit dem Blick auf die innerpolitische Zukunft Deutschlands ist aber der Ausgang der von den drei preußischen Regierungsparteien unternommenen Aktion von zwingendem Interesse, und da, wie man sich erzählt, die Aussichten auf ein positives Ergebnis der bevorstehenden Besprechungen in bestimmter Beziehung nicht gering sein sollen, wird man den Verlauf mit Aufmerksamkeit verfolgen. Die Hoffnung, daß sie in jedem Falle von größtem nationalen Nutzen sein werden, gründet sich auf die Art der Aufnahme, die der Antrag in der Öffentlichkeit der verschiedenen Einzelstaaten, vor allem in — Bayern gefunden hat. Dort war von vornherein, wer wollte das leugnen, der größte Widerstand zu erwarten, und die bayerische Presse muß daher in ihren Äußerungen in erster Linie gewertet werden.

Dabei ist daran zu erinnern, wie der Gang der Einheitsbewegung seit der Revolution war. Ein schweizerisches Blatt schrieb darüber dieser Tage: „Die Separatisten vom November 1918, die den Umsturz mit der „Los"-Parole einleiteten, scheinen nichts als schmollende Kinder gewesen zu sein, was bereits die neue Reichsverfassung bewies. Der erreichte Unitarismus löste, besonders in Süddeutschland, einen Sturm der Entrüstung aus und rief eine starke föderalistische Bewegung hervor. Der „Deutsche Föderalisten-Bund" wurde gegründet, gegen jene Abgeordneten, die für die neue Verfassung gestimmt, wurden Aktionen eingeleitet, um ihre Wiederwahl zu verhindern, und als Reaktion darauf ging wiederum über Deutschland eine neue Welle des Unitarismus. Schon längst war aus der „Los"-Bewegung eine Anschlußbewegung geworden: Koburg wollte zu Bayern, die bayerische Pfalz zu den hessischen Stammesbrüdern, Salzburg zu Bayern und Tirol gleichfalls." Und nun kam der vorerwähnte Antrag, und dasselbe neutrale Blatt kennzeichnet sein Echo in Bayern als „eigentlich so schauerig, wie man es erwartet hätte": „Die Presse der bürgerlich-demokratischen Parteien meint, es habe nicht viel Sinn, die Dekoration des Bundesstaates mit seinen Hoheitsrechten weiter beizubehalten, wenn ihr doch jeder Inhalt fehlte und Hoheitsrechte in Wirklichkeit gar nicht mehr beständen. Wenn der Verzicht auf die angeblichen Hoheitsrechte durch eine intensive, aktive Selbstverwaltung wettgemacht wird, sind wir ganz einverstanden, schreiben die „Münchner Neuesten Nachrichten". Die Sozialisten machen natürlich keine Einwendung, da der Einheitsstaat sowieso einer ihrer Programmpunkte ist. Die „Münchener Post" faßt ihre Stellungnahme in den Satz zusammen: „Die Sozialdemokratie Bayerns wird unter der Voraussetzung weitester Selbstverwaltung für die einzelnen deutschen Stämme gegen diesen Versuch sicherlich keine Einwendung erheben." Sie warnt aber, den bayerischen Partikularismus nicht durch einen „Reichspartikularismus" zu ersetzen. Heftigen Widerspruch erhebt allein die Presse der Bayerischen Volkspartei (Zentrum), die alle Hebel in Bewegung setzt, eine weitere Zentralisierung zu verhindern. Sie steht vollkommen auf dem Standpunkt des deutschen Föderativstaates und verspricht sich vom Einheitsstaat nur eine weitere Verpreußung Deutschlands." Wer die Presse Bayerns verfolgt hat, wird bestätigen können, daß die Charakteristik durchaus zutrifft. Im übrigen hatte man ja im Reich einen noch geraderen Weg nach München, um sich auf dem Laufenden zu halten, als in der Schweiz. Aber trotzdem hat die vorstehende Zusammenstellung einen unmittelbaren Vorzug. Sie enthält am Schlusse das Schlagwort, von dem der Idee des Einheitsstaates gurzeit die größte Gefahr droht: Die Formel von der beabsichtigten „Verpreußung" Deutschlands.

So traurig es ist und so beraltet es anmutet, so ist es doch unbestreitbar, daß man in Süddeutschland wieder unter dem Alb des preußischen Übergewichts stöhnt, das tatsächlich längst ebenso der Vergangenheit angehört, wie die Hoheitsrechte, um deren Erhaltung die unentwegten Föderalisten in Bayern so unverdrossen kämpfen. Im Reichsrat ist Preußen nicht entfernt seiner Bevölkerungsziffer entsprechend vertreten und gegen den angeblich „preußisch-berlinischen" Charakter der Reichsregierung, der fortgesetzt „über den Kopf Süddeutschlands hinweg" Gesetzentwürfe über Gesetzentwürfe ausstreut, spricht allein die aller Welt so gut bekannte süddeutsch-bandelste Erscheinung Erzbergers eine deutliche Sprache. Auf der anderen Seite hat die Vereinheitlichung des Heerwesens, der Finanzverwaltung, der Steuerpolitik den Bestand an „Hoheitsrechten" der Länder schon soweit gelichtet, daß sie wirklich nur noch eine schöne Erinnerung sind, an die man sich nicht klammern sollte. Und so ergibt sich, daß der Streit lediglich um leergewordene Begriffe geht, und daß das in der heutigen Lage Deutschlands nicht statthaft scheint.

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Dienstag, d. 30. Dezember.

Opernhaus.
278. Abonn.-Vorstellung.
6½ Uhr: Margarete.

Schauspielhaus.
292. Abonn.-Vorstellung.
6½ Uhr: Wilhelm Tell.
Direkt.: Max Reinhardt.

Deutsches Theater.
6½ Uhr: Faust I.

Kammerspiele.
7 Uhr: Advent.

Großes Schauspielhaus.
7½ Uhr: Orestie. (20. Abt. 1. Abend.)
Dir.: Victor Barnowsky.

Lessing-Theater.
7¼ Uhr: Pygmalion.

Deutsches Künstler-Th.
7½ Uhr: Capriccio.

Th. Metropol-Operetten Theater i. d. Königgr. Str.
7 Uhr: Ein Traumspiel.

Komödienhaus.
½8 Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater.
7½ Uhr: Bummelstudenten.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: Predigt in Litauen.

Residenz-Theater.
7 U.: Fochen Humbrecht.

Trianon-Theater.
7 Uhr: Mastersale.

Central-Theater
in der Kommandantenstraße.
7 Uhr: Fräulein Puck.

Deutsches Opernhaus.
7 Uhr: Hoffmanns Erzähl.

Die Tribüne
am Untergrundbahnhof Knie.
7½ Uhr: Franziska.

Eden-Theater.
Alte Jakobstr. 80.
7¼ Uhr: „D. A. w. v."

Fried. Wilhelmst. Theater.
7½ Uhr: Gretchen.

Kleines Theater.
7½ Uhr: Die unberührte Frau.

Kl. Schauspielhaus.
7½ Uhr: Die Rose.

Komische Oper.
7¾ Uhr: Dichterliebe.

Lustspielhaus.
7¾ U.: Arnold Rieck in Der Großstadt-Kavalier.

Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill.

Neues Operettenhaus.
7½ Uhr: D. Dame vom Circus.

Schiller-Theater Charl.
7½ Uhr: Der Meineidbauer.

Thalia-Theater.
7¼ U.: Die närrische Liebe.

Theater a. Nollendorfpl.
8¼ U.: Brand v. Messina.
7¼ Uhr:
Der Pfleger Metzke

Theater des Westens.
8¼ Uhr: Oper: Bastien u. Bastienne, Mirandolina. Puppe.
7½ Uhr: Die Frau im Hermelin.
Mittw. 4 U.: Mag. Moritz.

Wallner-Theater.
7 Uhr 15: Eine Nachtnacht.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr (kleine Preise):
Winter in der Schweiz.
8 Uhr: Thüringen.